

Unsere Position.

Von frei gewählten Abgeordneten der Jungen Gruppe wird gefordert, die Regierungsfähigkeit im Blick behalten zu müssen.

Genau diese Regierungsfähigkeit war von Beginn an unser Ansinnen. Dafür braucht es den fairen Ausgleich zwischen den Koalitionspartnern auf Regierungs- und Fraktionsebene. Unsere Bedenken gegen das Rentenpaket der Bundesregierung sind kein Ausdruck *gegen*, sondern *für* die Regierungsfähigkeit der Union in einer Koalition, die auf Augenhöhe mit der SPD agieren muss.

Zum wiederholten Male trifft die Koalition nunmehr verbindliche Finanzausgaben, um im Gegenzug nur unverbindliche Reformzusagen zu erhalten. Das nimmt weiteren politischen Kredit in Anspruch.

Regierungsfähigkeit heißt Kompromissfähigkeit.

Wenn eine Partei 45% Rentenerhöhungen, die andere Partei 48% Rentenerhöhungen bis 2040 anstrebt, wäre ein Kompromiss in der Mitte naheliegend gewesen. Wir haben intern umfassende Kompromisslinien und Beschlussalternativen vorgelegt, die auch die Position der SPD berücksichtigt und allen Parteien eine sachgerechte und gesichtswahrende Lösung erlaubt hätten.

Leider war die SPD nicht kompromissfähig. Dass die SPD nicht zu Verhandlungen in der Sache bereit war, zu denen sie parlamentarisch verpflichtet gewesen wäre, ist nicht nachvollziehbar.

Regierungsfähigkeit heißt Reformfähigkeit.

Schon bis 2030 steigt der Rentenzuschuss aus dem Bundeshaushalt auf über 150 Mrd. EUR. Die zusätzlichen Kosten in Höhe von 120 Mrd. EUR für die 2030er Jahre sollen beschlossen werden, bevor eine Kommission Vorschläge für diese Zeit unterbreitet. Erst nach diesem verbindlichen Kostenbeschluss sollen umfassende Reformen dafür sorgen, dass diese Kosten später doch nicht entstehen.

An der Reformfähigkeit der Koalition muss man zweifeln: Wenn die Parteivorsitzende und zuständige Bundesministerin zum „gemeinsamen Kampf“ gegen die Arbeitgeber aufruft, ist das nicht nur eine klare Absage an jegliche Reform im Sinne einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. Es ist darüber hinaus eine Absage an die Sozialpartnerschaft in Deutschland und damit ein politischer Skandal für sich, der für die Union nicht akzeptabel sein darf.

Bei Lichte betrachtet hat der Kostenbeschluss daher zwei Auswirkungen auf Reformen:

Die Wahrscheinlichkeit einer *großen Rentenreform*, die genau die Kosten unter Kontrolle bringen wird, auf die der Koalitionspartner jetzt besteht, ist gering. Die Wahrscheinlichkeit einer *großen Schuldenbremsenreform*, die weitere Bereiche aus der Schuldenbremse ausnimmt oder sie gänzlich abschafft, ist hingegen gefährlich hoch, weil der Staat weiterhin die Entwicklung des Sozialstaats von der Entwicklung der Wirtschaft entkoppelt. Dieser Trend muss gestoppt werden.

Regierungsfähigkeit heißt Vertrauen.

Vertrauen in getätigte öffentliche Aussagen und getroffene Zusagen.

Regierungsfähigkeit heißt auch Vertrauen gegenüber dem Koalitionspartner.

Ohne ein Grundvertrauen in die SPD kann es nicht gehen. Es gibt jedoch keine politische Pflicht, einem Vertragspartner blind zu vertrauen. Es gibt auch keine Pflicht, in Vorleistung zu gehen, um anschließend auf die in Aussicht gestellte Gegenleistung nur noch hoffen zu können.

Das Vertrauen in die Reformbereitschaft der SPD fehlt derzeit beim Thema Rente.

Regierungsfähigkeit heißt Sachentscheidungen statt Symbolpolitik.

Der demographische Wandel wartet nicht auf die nächste Wahl, verändert sich nicht durch einen politischen Spin – er kommt mit mathematischer Präzision auf uns zu. Die Menschen in Deutschland wissen, was Sache ist. Und sie warten auf Politiker, die ihnen reinen Wein einschenken. Bei der Rente heißt das:

Jeder wird seinen Teil beitragen müssen. Steigende Beiträge und ein steigender Bundeszuschuss sind unvermeidbar. Ein fairer Generationenvertrag heißt aber auch: Langsamer steigende Renten sind ebenso unvermeidbar und auch zumutbar, weil Beiträge und Zuschuss ebenfalls steigen.

Wer Angst vor diesen Aussagen hat, ist auf Dauer nicht regierungsfähig. Als Junge Gruppe werden wir weiterhin für die Politik streiten, die wir in der Sache für erforderlich und damit im Interesse unseres Landes liegend halten.

Regierungsfähigkeit heißt staatspolitische Verantwortung.

Als Junge Gruppe halten wir das Rentenpaket für nicht zustimmungsfähig. Dabei bleibt es.

Allen frei gewählten Abgeordneten kommt eine eigene staatspolitische Verantwortung zu. Diese umfasst Rücksicht auf den Koalitionsfrieden und die weitere Regierungsarbeit in anderen wichtigen Politikfeldern und die Bewertung des Erreichten. Ebenso umfasst es aber auch die finanzielle Stabilität und die sich daraus ergebende Handlungsfähigkeit unseres Landes in den 2030er-Jahren nicht außer Acht zu lassen. Vor diesem Hintergrund wird jedes Mitglied der Jungen Gruppe die Argumente abwägen und eine Entscheidung treffen.

Berlin, den 01. Dezember 2025